

**Kantonale Volksabstimmung vom 30. November**

## «Weiter wie bisher mit Medikamentenbezug»

*Komitee tritt gegen die Volksinitiative der Ärzteschaft an*

«Nicht gefährden, was gut funktioniert» – mit diesem Slogan tritt ein Komitee aus Kantonsräten und Gewerbevertretern gegen die Volksinitiative der Zürcher Ärzteschaft an: diese verlangt eine Freigabe des Medikamentenverkaufs. Die Argumente sind die gleichen wie in den zwei bereits abgehaltenen Volksabstimmungen zum Thema.

**bto.** Es ist wieder so weit: Zum dritten Mal nach 2001 und 2003 können die Zürcherinnen und Zürcher am 30. November in einer Volksabstimmung darüber befinden, wie der Medikamentenverkauf in Zukunft organisiert sein soll. Dass wiederholt abgestimmt wird, liegt daran, dass der Kantonsrat in den beiden ersten Anläufen Änderungen am bisherigen System vorgeschlagen hatte, die aber jeweils durchfielen. Diesmal gaben die Zürcher Ärzte den Anstoss: Mit einer Volksinitiative unter dem Titel «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug» wollen sie dafür sorgen, dass künftig alle Ärzte im Kanton Medikamente verkaufen dürfen; bis anhin ist das den Medizinerinnen in den Städten Zürich und Winterthur untersagt.

### Probleme für Ärzte auf dem Land?

Den Abstimmungskampf eröffnet hat am Donnerstag in Zürich ein Apotheker-freundliches,

überparteiliches Komitee, das seinen Abstimmungskampf unter den Titel stellt «Nicht in Gefahr bringen, was gut funktioniert». Betont werden soll damit, dass der Kanton Zürich mit der bisherigen Lösung gut gefahren sei: Selbstdispensation der Ärzte auf dem Land, wo die Apothekendichte klein ist – Verkauf durch die Apotheken dort, wo es viele davon gibt. Dem Komitee gehören verschiedene Gewerbevertreter sowie Politiker aus allen acht Fraktionen des Kantonsrates an.

Die Argumente für und wider eine Neuordnung sind – wenig überraschend – dieselben wie 2001 und 2003. Gegen die Ärzte-Initiative spricht nach Ansicht von Komiteemitglied Willy Haderer (svp.), dass die medizinische Grundversorgung auf dem Land durch ein Ja zur Initiative gefährdet würde. Es sei davon auszugehen, dass Arbeitspendler Medikamente künftig in Zürich und Winterthur und nicht mehr bei ihrem Arzt auf dem Land beziehen würden. Das könnte die Landärzte, eine ohnehin immer rarer werdende Spezies, zusätzlich gefährden. SP-Vertreterin Silvia Seiz lobte die Vorzüge der Apotheken als niederschwellige Dienstleister im Gesundheitswesen. Berufstätigen biete der einfache Zugang zur Apotheke bei vielen einfacheren Krankheiten unschätzbare Vorteile. Nicht zuletzt hätten Apotheken auch eine wichtige soziale Funktion. Oft seien sie namentlich für alte Menschen eine wichtige Anlaufstelle. Auf das Thema falsche Anreize

schliesslich kam an der Medienkonferenz der Präsident des Stadtzürcher Gewerbeverbandes, Richard W. Späh, zu reden. Wenn ihnen der Medikamentenverkauf gestattet würde, könnten Ärzte ihre Einkommen fast beliebig selbst steuern. Er habe nichts gegen hohe Einkommen, sagte Späh, aber diese dürften nicht auf Kosten der obligatorischen Grundversicherung im Gesundheitswesen erzielt werden.

### Vier Augen besser als zwei

Prominente Unterstützung hat sich das Komitee mit der Person von Margrit Kessler organisiert, der Präsidentin der Schweizer Patientenorganisation (SPO). Diese ist nicht Komiteemitglied, und eine offizielle Haltung der SPO zur Streitfrage Selbstdispensation gibt es nicht. Laut Kessler tritt aber eine Mehrheit des SPO-Stiftungsrates gegen die freie Abgabe durch Ärzte an. Kessler betonte, dass Apotheken viel zur Patientensicherheit beitrügen. Studien belegten, dass in der Schweiz 4,1 Prozent der Spitaleintritte wegen Nebenwirkungen von Medikamenten stattfänden. Da lohne es sich, wenn neben dem rezeptierenden Arzt auch ein Apotheker das Gefahrenpotenzial eines Arzneimittels beurteile.

Finanziert ist die Kampagne des Komitees laut Rolf Walther (fdp.) vom Gewerbe, von Politikern, aber auch von den Apothekern. Diese führten allerdings auch eine gesonderte Kampagne.

[www.nceinbleibtnein.ch](http://www.nceinbleibtnein.ch)